

Brief aus Straßburg

Aktuelle Informationen von Rainer Wieland MdEP



Nr. 131 · 13. Jahrgang · Ausgabe Plenarwoche März II 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

angesichts dramatisch einbrechender Absatz-Zahlen für Autos in der EU und rückläufiger Exporte wird der Ruf nach einer europäisch koordinierten Reaktion immer lauter. Am Dienstag wurden die Konditionen unter denen den Autobauern geholfen werden sollte, diskutiert.

Industriekommissar Günter Verheugen erklärte im Plenum, der Neuwagenabsatz sei im letzten Quartal 2008 um 20% gesunken, die Kfz-Produktion um 29.

Dieser negative Trend setzte sich im neuen Jahr fort: Im Januar und Februar dieses Jahres sind die Verkaufszahlen laut Verheugen um 29 % bzw. um 18 % gesunken. „Sie wären wohl noch tiefer eingebrochen, hätten nicht einige Mitgliedstaaten erfolgreiche Programme zur Ankurbelung der Anfrage auf den Weg gebracht“, so der Industriekommissar.

Auch der Export ist eingebrochen. Die Auswirkungen der Absatzkrise betreffen nicht nur die großen Auto-



mobilkonzerne, auch Zulieferer und Händler leiden darunter.

Während der Debatte am

Dienstag stimmten die meisten Abgeordneten überein, dass die von der öffentlichen Hand geleistete Hilfe für die Branche vor allem darauf abzielen sollte, die aktuelle Krise zu überbrücken um Arbeitsplätze zu sichern und die Autoflotte zu modernisieren sowie Innovation und Forschung zu verstärken, damit Europa künftig sparsamere und umweltfreundliche Autos produziert.

Es ist erfreulich, dass die Regierungen der Mitgliedstaaten bislang Maßnahmen zur Ankurbelung der Nachfrage weitgehend koordiniert haben und nationale Alleingänge und protektionistische Maßnahmen verhindert wurden.

Mit 12 Millionen Arbeitsplätzen und einer Wertschöpfung von 140 Milliarden Euro ist die Automobilbranche insbesondere für unser Land Baden-Württemberg ein wesentlicher Sektor.

Mit herzlichem Gruß aus Straßburg

Rainer Wieland

► Überarbeitung der EU-Vorschriften über Kosmetika

Im Europäischen Parlament wurde am Dienstag eine neue Kosmetik-Verordnung verabschiedet. Mit dieser Aktualisierung der EU-Kosmetikbestimmungen soll das bisherige Kosmetikrecht der EU vereinfacht werden. Die Verordnung dient, durch die Stärkung der Verantwortung von Herstellern und infolge der Überwachung des Marktes, dem Schutz der Verbraucher vor fehlerhaften kosmetischen Mitteln.



Durch das Auftragen von Cremes, Deos oder Rasierwasser dürfen keine Risiken entstehen, was besonders für neuere Substanzen gilt, die Nanopartikel enthalten. Da die Eigenschaften und Wirkungsweisen dieser Partikel noch nicht vollständig erforscht sind, muss ihnen besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Vorgesehen ist deshalb, dass die Nanopartikel nur dann in Kosmetika zulässig sind, wenn deren Verwendung als sicher gilt.

CDU-Europabüro Region Stuttgart
Dornierstraße 17
D-70469 Stuttgart
Tel.: (49) 711/80 60 74 8 80
Fax.: (49) 711/80 60 74 8 94

Europäisches Parlament
LOW T 10 033
Allée du Printemps
F-67070 Straßburg
Tel.: (33) 388 17 5545

Deutscher Bundestag
Wilhelmstr. 60
Zimmer 0.19
D-11011 Berlin
Tel.: (49) 30 227 71 771

Europäisches Parlament
ASP 10 E 242, Rue Wiertz
B-1047 Brüssel
Tel.: (32) 2 284 7545
Fax.: (32) 2 284 9545

E-Mail: rainer.wieland@europarl.europa.eu

internet: www.mdep.de

► Untertitelung statt Synchronisierung von Fernsehsendungen

In dem am Mittwoch vom Europäischen Parlament angenommenen Bericht über Mehrsprachigkeit wird von der Mehrzahl der Abgeordneten die Verwendung von Untertiteln in Fernsehsendungen gefordert. Die europäische Sprachvielfalt stellt eine große kulturelle Errungenschaft dar und es ist daher nicht richtig, sich in der EU auf eine Hauptsprache festzulegen.

Durch das Untertiteln von Fernsehsendungen soll das Erlernen und die Anwendung von EU-



Sprachen erleichtert und gefördert werden.

Vor allem Schüler sollten schon vor Beginn der Schulzeit die

Sprache des Landes, in welchem sie leben, beherrschen. Die umfassende Kenntnis der Sprache ist aber auch für die vollständige Integration von Einwanderern von wichtiger Bedeutung. Hinsichtlich der eigenen und vor allem auch beruflichen Entwicklung ist es ferner für Erwachsene erforderlich und zweckdienlich eine fremde Sprache zu erlernen.

► EU-Kohäsionspolitik

Um den sozialen, wirtschaftlichen und territorialen Zusammenhalt der Regionen der EU zu sichern, bedarf es eines zielgerichteten Programms für eine nachhaltige Entwicklung.

Im neuen Planungszeitraum 2013 widmet sich die Kohäsionspolitik den unterschiedlichen Erscheinungsformen der städtischen und ländlichen Entwicklung sowie dem territorialen Zusammenhalt in den Regionen der EU. Dafür sollen Zuständigkeiten auf die lokale Ebene verlegt sowie eine moderne Städtebauplanung und nachhaltige Entwicklung der Städte angestrebt werden.

► Die EU bei den Vereinten Nationen

Nach der Ansicht einer klaren Mehrheit der Abgeordneten des Europäischen Parlaments muss die EU ihre Initiativen in den Vereinten Nationen einbringen, um beiderseitiges Verständnis, eine engere Zusammenarbeit und vor allem Frieden und Sicherheit zu fördern.

In diesem Zusammenhang spricht sich das Europäische Parlament auch für eine noch engere und koordinierte Partnerschaft zwischen der EU und

den USA mit der neuen amerikanischen Führung aus. Chancen für eine Annäherung könne man sich etwa bei globalen Herausforderungen, politischer Abstimmung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit kommen.

In seinem ersten Bericht nach der Wahl Barack Obamas zum Staatspräsidenten will das Parlament die Beziehung zwischen der EU und den USA stärken. Dazu soll die 1995 in Kraft getretene "Neue Transatlantische Agenda" durch ein neues Abkommen ersetzt werden, das "eine stabilere und aktuellere Basis für die Beziehungen" schaffen soll. Bis 2012 soll das neue Abkommen stehen

Vorgesehen ist auch, den EU-USA-Gipfel zwei Mal im Jahr abzuhalten, um enger zusammenzuarbeiten. Außerdem schlagen die Abgeordneten neue Gremien vor: Zum einen sollen sich hohe Vertreter der EU, namentlich der Kommission, sowie der amerikanischen Außenminister regelmäßig treffen, um Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik zu koordinieren. Nachgedacht wird zudem auch über eine "parlamentarische Versammlung", die den Dialog zwischen amerikanischen und europäischen Abgeordneten fördern soll. Auch ein amerikanisches Verbindungsbüro in Brüssel könne zur besseren Verständigung beitragen.

► Schärfere Einreisebestimmungen

Nicht EU-Bürger, welche mit einem Visum in die Europäische Union einreisen möchten, sollen in Zukunft ihre biometrische Daten abgeben.

Diese Regelung sieht eine neue Verordnung vor, welche vom Europäischen Parlament am Mittwoch verabschiedet wurde. Ihr zufolge sollen die Mitgliedstaaten der EU, in welche die Antragsteller einreisen möchten, bei der Vergabe des Visums zehn Fingerabdrücke nehmen und Gesichtsbilder erstellen müssen. Gelten soll diese Regelung für alle Einreisenden über 12 Jahren.

Zweck der verschärften Regelung ist die Bekämpfung von Betrug und Missbrauch, denn biometrische Identifikationen können die Fälschung von Visa erschweren. Zudem sollen das so genannte Visa-Shopping verhindert sowie die Verfahren der Visumbeartragung beschleunigt werden.

► Keine Sammelklagen nach US-Muster

Mit großer Mehrheit hat sich das Plenum des Europäischen Parlaments am Donnerstag in seiner Entschließung zum Weißbuch zu Schadensersatzklagen bei Verletzung des EG-Wettbewerbsrechts gegen Sammelklagen nach amerikanischem Muster ausgesprochen.

Opfer von Kartellen müssen in der Diskussion im Vordergrund stehen, deren erlittener Schaden ihnen zu ersetzen ist. Anstatt sich vor Gericht aber mit astronomisch hohen Schadensersatzforderungen herumschlagen, müssen Unternehmen in Arbeitsplätze, Forschung und Entwicklung investieren. Daher hat das Europäische Parlament beschlossen, dass es Strafschadensersatzzahlungen nicht geben darf.

Individuelle Verbraucher, aber auch kleine Unternehmen, insbesondere diejenigen, die relativ geringwertige Streuschäden erlitten haben, schrecken häufig angesichts der damit verbundenen Kosten, Verzögerungen, Unwägbarkeiten, Risiken und Belastungen von Individualklagen zur Geltendmachung von Schadensersatz zurück, so das Parlament.

Der kollektive Rechtsschutz, der eine Bündelung der individuellen Schadensersatzforderungen von Opfern von Verstößen gegen das EU-Wettbewerbsrecht ermöglicht und ihre Chancen auf Zugang zur Justiz erhöht, stelle "ein wichtiges Abschreckungsinstrument" dar.

► **Einheitlicher europäischer Luftraum**

Am Mittwoch hat das Europäische Parlament außerdem über die Schaffung eines Einheitlichen Europäischen Luftraums abgestimmt.

Die Verbesserung der Leistung und Nachhaltigkeit des europäischen Luftverkehrssystems ist hierbei erste Priorität. Bisher ist der Himmel Europas nach dem Verlauf der Staatsgrenzen aufgeteilt, was sich nun ändern soll. Bis zum Jahre 2012 müssen die Mitgliedsstaaten sogenannte "Funktionale Luftraumblöcke" errichten, welche nicht mehr national, sondern nunmehr funktional nach Luftverkehrsströmen gekennzeichnet werden sollen. Dadurch soll der Luftraum effektiver und sicherer kontrolliert werden können.

Neben der Optimierung der Sicherheit dient die neue Regelung aber auch dem Umweltschutz. Lästige und unnötige Warteschleifen am Himmel können vermieden und direkte Routen zwischen den Flughäfen geschaffen werden. Infolgedessen können die Flugzeiten reduziert, der Kerosinverbrauch verringert, 3 Millionen Euro für die Airlines eingespart und mehr Pünktlichkeit für die Passagiere garantiert werden.

► **Austausch mit den Wirtschaftsjuristen**

In dieser Woche hatten die baden-württembergischen CDU-

Abgeordneten Besuch vom Vorstand der Wirtschaftsjuristen aus Baden-Württemberg. Auf der Tagesordnung stand der Austausch über aktuelle europäische Themen sowie auch die Frage, inwiefern die Wirtschaftsjuristen dazu beitragen können, den europäischen



► **Lebensmittelhilfen für Bedürftige in der EU**

Das Europäische Parlament forderte am Donnerstag, dass auch weiterhin Hilfen in Form von Lebensmitteln für Bedürftige in der EU bereitgestellt werden sollen.

Momentan haben 43 Millionen Menschen in der EU keine geregelte Lebensmittelversorgung. Den Vorschlag der Kommission, die Mitgliedstaaten an der Finanzierung der Lebensmittelhilfen zu beteiligen, lehnten die Abgeordneten allerdings mit der Begründung ab, dass in einem solchen Falle sich einige Mitgliedstaaten bei einer solchen Form der Finanzierung nicht mehr an diesen Hilfen beteiligen könnten.

► **Mehr Schutz in der virtuellen Welt**

Da sich das Internet immer mehr zu einem Raum für Cyber-Kriminalität entwickelt, nahm das Europäische Parlament am Donnerstag einen Bericht zur Stärkung der Sicherheit und der Grundfreiheiten im Internet mit klarer Mehrheit an. Mehr und mehr Aufrufe zu Gewalt oder die Gefährdung von Kindern in der virtuellen Welt zeichnen sich ab.

► **[Rainer Wieland bei Facebook](#)**

Der Wahlkampf in Europa und in Deutschland wird sicherlich nicht über das Internet entschieden. Nichtsdestotrotz habe ich mich entschlossen, einem  sozialen Netzwerk im Internet beizutreten und seit kurzem eine Seite auf Facebook eingerichtet. Dieser können Sie als Unterstützer beitreten.

► **[Übrigens: Am 3. Mai ist Tag der offenen Tür in Straßburg](#)**

